

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

#### **Kein neues Steinkohlekraftwerk in Berlin**

#### **- Energieversorgung klima- und wettbewerbsfreundlich gestalten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus lehnt den geplanten Neubau eines Steinkohlekraftwerkes in Berlin-Rummelsburg sowohl aus umweltpolitischen als auch aus wettbewerbspolitischen Gründen ab. Das Ziel der Sicherung der Wärmeversorgung von Berlin muss statt dessen durch Lösungen erreicht werden, die stärker den Wettbewerb fördern und eine geringere CO<sub>2</sub>-Belastung verursachen.

Klimapolitische Erwägungen, aus denen der geplante Neubau nicht vertretbar ist, solange zumindest die Abscheidung und unterirdische Lagerung des CO<sub>2</sub> technisch nicht umsetzungsreif und bezahlbar sind, sowie wettbewerbspolitische Erwägungen, aus denen ein neues Vattenfall-Kraftwerk in der geplanten Größenordnung den Fernwärmemarkt in Berlin auf Dauer monopolisieren würde, kommen zum selben Ergebnis: Das geplante Kohlekraftwerk in Berlin-Rummelsburg würde die technologische und ökologische Entwicklung der Stadt blockieren. Das Abgeordnetenhaus fordert den Regierenden Bürgermeister auf, diese Position gegenüber dem Vattenfall-Konzern deutlich zu machen.

Vattenfall Europe hat zugesichert, kein neues Steinkohlekraftwerk gegen den Widerstand der ganzen Stadt zu bauen. Wir erwarten, dass die Unternehmensleitung diese Zusage jetzt einhält.

Das Abgeordnetenhaus fordert eine Entwicklung der Energieversorgung insbesondere auch im Bereich der Wärmeversorgung auf Basis folgender Eckpfeiler: verstärkte Ausschöpfung der Energiespar- und Energieeffizienz-Potenziale; forcierter Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien; Förderung von dezentralen Lösungen und von Lösungen mit gekoppelter Strom- und Wärmegewinnung. Dies gilt insbesondere auch für deren Einsatz in landeseigenen Immobilien. Der Senat soll auf Basis der oben genannten Eckpunkte bis zum 30. November 2008 ein Energieversorgungskonzept für Berlin vorlegen, das als Basis für Verhandlungen mit potenziellen Energieversorgern dient.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat dazu auf, endlich Wettbewerb im Berliner Fernwärmenetz zu ermöglichen und auch zu fördern. Das geplante Steinkohlekraftwerk würde die Monopolstruktur im Fernwärmemarkt auf Jahrzehnte zementieren. Stattdessen ist der Senat aufgefordert, diskriminierungsfreie Zugänge zum Fernwärmenetz für unterschiedliche Wärmeanbieter zu schaffen und etwa durch die erleichterte Zurverfügungstellung landeseigener Grundstücke faktische Nachteile neuer Anbieter gegenüber dem derzeitigen Grundversorger zu reduzieren. Hürden für die Nutzung innovativer umweltfreundlicher Technologien für die Wärmeerzeugung sind abzubauen. Der Senat soll dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. September 2008 darlegen, welche rechtlichen und politischen Möglichkeiten er hat und welche er nutzen will, um einen fairen Wettbewerb im Fernwärmenetz zu ermöglichen.

Der Senat soll einen Innovationsverbund aus Forschungsinstituten, Energieerzeugern und innovativen Unternehmen der Energiewirtschaft initiieren zur Entwicklung zukunftsweisender klimaschonender Energieerzeugung und einen Fördermittelschwerpunkt für innovative Bereiche der Energietechnik setzen. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2008 Bericht zu erstatten.

### *Begründung:*

Die Planung des Unternehmens Vattenfall, in Berlin ein 800 MW-Kraftwerk auf Steinkohlebasis zu errichten, stößt zu Recht in der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Ein neues großes Kohlekraftwerk ist für Berlin nicht notwendig und aus Klimaschutzpolitischen wie wettbewerbpolitischen Gründen nicht vertretbar:

Das von Vattenfall Europe geplante Kohlekraftwerk mit einem jährlichen Verbrauch von 2 Millionen Tonnen Steinkohle würde pro Jahr rund 5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> verursachen, und damit über 20% der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die von Berlin derzeit insgesamt verursacht werden. Das auf eine Betriebsdauer von über 40 Jahren ausgelegte Kraftwerk würde noch im Jahr 2050 die Energieversorgung Berlins bestimmen und Berlin langfristig an einen Energieträger binden, der das Klima enorm belastet. Zumindest solange die Abscheidung von CO<sub>2</sub> und dessen unterirdische Lagerung (CCS) technisch nicht ausgereift und bezahlbar ist, ist der Neubau eines Kohlekraftwerks nicht vertretbar.

Der Bau des von Vattenfall geplanten Steinkohlekraftwerks würde den Berliner Fernwärmemarkt auf Jahrzehnte monopolisieren. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, weil über kurz oder lang mit einem Anschluss- und Benutzungszwang für die Fernwärme zu rechnen ist. Ein Großteil der Berliner Haushalte und Unternehmen hätte dann nicht mehr die Möglichkeit zwischen der Vattenfall-Fernwärme und anderen Wärmeenergieanbietern zu wählen. Damit der klimapolitisch sinnvolle Ausbau des Fernwärmenetzes aber nicht zu einem Monopol eines Konzerns über breite Teile des Berliner Fernwärmemarktes führt, müssen jetzt die Weichen gestellt werden für einen fairen Wettbewerb innerhalb des Fernwärmenetzes. Das kann nur erreicht werden, indem mehrere Kraftwerke unterschiedlicher Anbieter das Fernwärmenetz in Konkurrenz zueinander beliefern. Denn nur durch Wettbewerb und Transparenz im Wärmemarkt können überzogene Kostensteigerungen für die Endabnehmer vermieden werden.

Die Erneuerung des Kraftwerkparcs bietet Chancen, sowohl für den Klimaschutz als auch wirtschaftspolitisch. Der Senat muss dazu beitragen, dass Berlin diese Chancen nutzt. Eine Grundlage für Gespräche mit Energieversorgern wäre ein eigenes Konzept des Senats für die Berliner Energieversorgung auf Basis eines alternativen Kraftwerkparcs, der auf

erneuerbare Energien und hocheffiziente KWK-Anlagen setzt – flankiert von Instrumenten, die die Potenziale Berlins, Energie effizienter zu nutzen und Energie einzusparen, deutlich besser ausschöpfen. Dadurch soll die Nutzung fossiler Energieträger für die Energieversorgung Berlins minimiert werden. Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, Alternativen zu entwickeln, wie eine klimaschonende und zukunftssichere Energieerzeugung in Berlin erreicht werden kann. Da dies die Möglichkeit eröffnet, innovative energiewirtschaftliche Lösungen voranzutreiben, werden gleichzeitig Forscher, Gründer und innovative Unternehmen davon profitieren. Damit kann die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt deutlich gefördert und die Auswirkungen von bereits jetzt vorhersehbaren Preissteigerungen bei Öl und Erdgas gemindert werden.

Für den Berliner Energiebedarf, der kurzfristig nicht durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien gedeckt werden kann, ist Steinkohle die falsche Ergänzung. Selbst im Vergleich zum ebenfalls fossilen Energieträger Erdgas verursacht Steinkohle doppelt so hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kilowattstunde. Gaskraftwerke können zudem technisch problemlos auch mit Biogas betrieben werden. Der Bau von Gaskraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung würde Berlin daher nicht auf Jahrzehnte an fossile Energieträger binden, selbst wenn in naher Zukunft nicht genügend Biogas für seinen Betrieb zur Verfügung stehen wird.

Statt jetzt eine nicht zukunftssichere und klimaschädliche Energieerzeugung auf Dauer zuzulassen, können durch andere innovative Ansätze die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung erhöht und neue zukunftssichere Arbeitsplätze in Berlin geschaffen werden. Das Abgeordnetenhaus von Berlin erwartet, dass der Senat jetzt eine Strategie für eine schonende und zukunftssichere Energieerzeugung in Berlin entwickelt und hierbei das Abgeordnetenhaus von Berlin angemessen beteiligt.

Berlin, den 3. Juni 2008

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Schäfer  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Pflüger Wilke  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion der CDU

Dr. Lindner Schmidt  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion der FDP